



Breslauer

Zeitung.

No. 300.

Dinstag den 29. Oktober

1850.

**** Telegraphische Korrespondenz.**

Turin, 24. Oktober. Die Regierung errichtet eine Nationalwerkstätte zur Beschäftigung italienischer Emigranten. Erzbischof Franzoni ist von Genf bereits nach Lyon zurückgekehrt. Bedeutende Armeereformen werden erwartet. Die Zahl der Infanterieregimenter wird vermehrt, viele Oberoffiziere sind theils in Disponibilität gesetzt, theils dislozirt worden. Die piemontesische Telegraphenlinie ist ihrer Vollendung nahe.

Rom, 22. October. Mehrere Gouverneure sind theils neu ernannt, theils transferirt worden.

u e b e r f i c h t.

Breslau, 28. October. Je näher der entscheidende Zeitpunkt kommt, desto mehr häufen sich die Gerüchte über die Art und Weise, auf welche die verschiedenen Streitfragen gelöst werden sollen. So heißt es z. B. in Bezug auf die deutsche Verfassungs-Frage, daß Oesterreich dennoch zuletzt in freie Konferenzen willigen werde, da sich auch Rußland dafür erkläre. — In Bezug auf Kurhessen heißt es: daß der Kurfürst nach einem neuen Wahlgesetze zwei Kammern einberufen und durch diese eine neue Verfassung entwerfen lassen werde. Da diese so viel als: ein begangenes Unrecht mit einem neuen gut machen wollen. Auch würde dieser Schritt zu keinem Ziele führen, da bei der allgemeinen freijüngigen Stimmung in Kurhessen keine Kammern zusammengebracht werden könnten, welche eine Verfassung entwürfen, welche dem Kurfürsten, oder richtiger gesagt, Oesterreich gefiele, da letzteres gar keine Verfassung haben will. — In Bezug auf Schleswig-Holsteins Posizition soll auch Preußen und Oesterreich sich verständigt haben und gemeinsame Schritte thun wollen. Leider sagen die Gerüchte nicht, von welcher Art dieselben sein werden. Diese und andere Nachrichten sind vorläufig eben nur als Gerüchte aufzunehmen.

Wer sich über die Truppen-Bewegungen mit der Karte in der Hand weiter unterrichten will, mag die Artikel: Paderborn, Koblenz, Mänschen, Landshut, Bamberg, Würzburg, Aschaffenburg, Mannheim, Hagenow, Wien, Clogau (in dem Abendblatt Nr. 299), so wie die Artikel (der vorliegenden Zeitungs-Nr. 300) Koblenz, Alsfeld, Götta, Aschaffenburg, Darmstadt und Gießen nachlesen. — Neuerdings soll der Bundeslag nochmals Hannover ausdrücklich aufgefordert haben, seine Bundescontingente zu stellen. Die hannoversche Regierung scheint aber keine Lust dazu zu haben, und zwar aus dem ganz natürlichen Grunde, weil das neue Ministerium noch nicht fertig ist. — Die energische Ordre, welche der preussische General v. d. Grotte in Betreff der Zurückweisung der bayerischen Truppen erlassen hat, hat in Wien eingeschlagen. Die ministeriellen Organe dafelbst sind einmüthig verblüfft und stimmen einen sehr weinlichen Ton an. Andererseits will man wissen, daß Oesterreich 150,000 Mann in 4 Kolonnen (von Böhmen, vom Inn, von Salzburg und von Vorarlberg aus) nach Kurland dirigiren will und daß 60,000 Mann bei Wien concentrirt werden. — Wenn diese 150,000 Mann an der turkeystischen Grenze stehen werden, wollen wir daran glauben. — Uebrigens werden in Bayern die Säbel geschliffen und die Festungen verproviantirt.

Am 24. October war die Bedenkzeit verstrichen, welche den turkessischen Offizieren gestatten war. Nach derselben wurde ihnen bedeutet, daß sie ihre Entlassungsgesuche ohne jeden weiteren Vorbehalt wiederholen möchten, worauf dann das Weitere erfolgen werde. Die Offiziere haben befohlen: bei den Gesuchen zu verharren, ohne ihre Rechte und Ansprüche aufzugeben.

Der österreichische „Bundesstag“ soll beschlossen haben: die Krone Preußen zu veranlassen, ihre Truppen binnen 3 Monaten aus Baden zurückzuziehen, wegen die badischen Soldaten in ihre Heimath rufen sollten. Dem Großherzog werde das österreichische Truppencontingent in Voralber zur Verfügung gestellt. — Die badische Regierung weist die Annäherung in einem halboffiziellen Mittel der neuesten Karlsruher Btg. gebührend zurück, und sagt: Der Großherzog und seine Minister würden schon allein in ihrem Lande zu regieren verstehen. — Uebrigens wiederholt sich die Nachricht: daß Preußen einen Theil seiner Truppen (6000 Mann) aus Baden zurückziehen werde.

Es ist jetzt die Reisezeit der Reisen, nicht der Vergnügungs-, sondern der diplomatischen Reisen. Routiere, Gesandtschafts-, Sekretäre etc. etc. jagten sich auf den Straßen und in die Fremden-Essen sind voll von angekommenen und durchgereisten diplomatischen Senbilingen. In Frankfurt hat die Ankunft des französischen Generals Cavaignac kaulben gemacht. Der russische Gesandte richtet sich ebenfalls recht hübsch ein.

Der preussische General Hahn ist in Kiel eingetroffen und gleich darauf haben sich auch zwei Mitglieder der Statthalterchaft daselbst eingefunden. Man bringt die Entsendung in Beziehung auf die letzten Entschlüsse der Großmächte in Betreff Schleswig-Holsteins. Unser Kieler Correspondent merkt das Gerücht: General Hahn sei beauftragt, die Statthalterchaft zu bewegen, die schleswig-holsteinischen Truppen aus Schleswig nach Holstein zurückzuziehen. — Einige holsteinische Ritter (13 an der Zahl) wollen mit dem König von Dänemark Frieden schließen, sie fürchten für ihre eigenen Besitzungen.

Russland und Frankreich sollen (man weiß nicht, ob aus Ehrer oder im Ernst) bei der englischen Regierung angefragt haben, was sie wohl dazu sagen würde: wenn Russland Schlesien, und Frankreich die Rheinprovinz besetzte, weil Preussen nicht auf ihre Ordre Ruhe und Frieden in Schleswig-Holstein herstellen wolle. In London soll über diese Frage ein großer Rabinetsrath gehalten worden sein. Die ganze Nachricht steht einer leeren Drohung, die darauf berechnet ist, die Gemüther einzujagen, so ähnlich, daß die brittischen Minister wirklich zu bebauern sind, daß sie die Zeit darüber unnütz verschwendet haben. Die französische Regierung steht selbst auf so schwankenden Füßen, daß sie sich nur lächerlich machen würde, wollte sie (zumal im Bunde mit Russland!) auf Eroberungsgüde denken. Und Russland wagt keinen Krieg mit Deutschland, wenn Deutschland nicht zuerst die Kriegserklärung auspricht.

Der Kaiser von Oesterreich ist am 25. Oktober in Warschau eingetroffen.

P r e u ß e n .

Berlin, 26. Oktober. *Se. Majestät der König* haben allergnädigst geruht: den zum großherzoglich heffischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Allerhöchstden-
selben ernannten *Grafen v. Schütz*, genannt *v. Götz*, heute Mittag im Schlosse von Sanssouci in einer Privat-Audienz zu empfangen und aus dessen Händen das Schreiben *Se. königl. Hoheit des Großherzogs von Hessen und bei Rhein*, wodurch er in der gedachten Eigenschaft beaulaubt wird, entgegen zu nehmen.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, den zum königl. schwedischen und norwegischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am hiesigen Hofe ernannten Freiherrn v. Hochschild heute Mittag im Schlosse von Sanssouci in einer Privat-Audienz zu empfangen und aus dessen Händen nicht nur das Schreiben Sr. Majestät des Königs von Schweden und Norwegen, wodurch der Krankheit halber in den Ruhestand tretende, bisherige königlich schwedische und norwegische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, Freiherr D'Offson, von diesem Posten abberufen worden ist, sondern auch dasjenige Schreiben Sr. genannten Majestät, wodurch er selbst in dieser Eigenschaft beurlaubt wird, entgegenzunehmen.

27. Oktober. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem würtlichen geheimen Oberzinzrath und Provinzial-Steuer-Direktor v. Bigeleben zu Breslau, den Stern zum rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem kgl. sardinischen Major der Kavallerie, Grafen von Villamazinga, den rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem kaiserl. österr. reichs. Ober-Leutnant und Professor bei der Kadetten-Kompagnie zu Simlitz, Franz Kosciuszka, den rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Lehrer Bruns zu Dahlhausen, Regierungsbezirk Minden, und dem verabschiedeten Armeesendarmen vom 1ten Armeekorps, Sergeanten Brunn, das allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Bezirks-Feldwebel Klinner des 3ten Bataillons (Landsberg) 8ten Landwehr-Regiments, und den Kanonieren Höhn und Knobloch des 8ten Artillerie-Regiments, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Das 35te Glied der Gefängnissliste, enthält unter Nr. 3321 den allerhöchsten Erlass vom 15. Juli 1850, betreffend die Revision der Jahres-Rechnungen der preussischen Bank; unter Nr. 3322 den allerhöchsten Erlass vom 18. September 1850, betreffend die in Bezug auf den Ausbau der Gemeinde-Chaussee von Bunsberg über Dürigsdorf nach Wipperfurth bewilligten kassalischen Vorrechte, und unter 3323 das Statut des wittenberger Leichnambandes vom 7. October 1850.

C. B. Berlin, 27. Oktbr. [Tagesbericht.] Mit sich immer steigender Spannung blicken die Politiker aller Farben nach Warschau. Gestern war das Staatsministerium versammelt, um Nachrichten des Ministerpräsidenten zu vernehmen. — Der hiesige hannoversche Gesandte ist, wie heut von neuen berichtet wird, zur Uebernahme eines Postens in dem von Hrn. v. Münchhausen zu bildende Kabinie berufen. — Wie man vernimmt, wird sich der Aufenthalt Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Preußen noch auf unbestimmte Zeit verlängern. — Daß dies mit den vorliegenden politischen Verwickelungen in Verbindung gebracht wird, ist leicht erklärlich, wenn man erwägt, daß der Prinz durch die genaue Kenntniß der süddeutschen Verhältnisse besonders befähigt ist, gegenwärtig der Krone rather zur Seite zu stehen. Ob der Aufenthalt Sr. königl. Hoheit von Dauer ist, dürfte lediglich von dem Verlaufe der jetzt vorliegenden Krißs abhängen. — Zur Ergänzung einer gestrigen Notiz über die Rückfichten, welche die preußische Regierung bei Bildung der Immediatkommission zur Verwaltung der hohenzollernschen Fürstenthümer auf die konfessionellen Verhältnisse genommen hat, wird uns heut noch mitgetheilt, daß nicht nur Hr. v. Spiegel, sondern auch dessen Vertreter, der Regierungspräsident v. Salzwürd der katholischen Konfession angehört. Zu derselben gehören ferner alle Mitglieder der Regierungen in Hechingen und Sigmaringen, mit Ausnahme eines einzigen Mitgliedes der ersteren, und endlich sämtliche Offiziere der Theile des 26. Infanterie-Regiments, die bei der Besitznahme in die Fürstenthümer verlegt wurden.

[Kirchliches]. Die D. R. theilt den Bescheid mit, welchen der evangelische Ober-Kirchenrath auf eine Eingabe von Geistlichen in der Provinz Posen, betreffend die Stellung des lutherischen Bekenntnisses zur Union, ertheilt hat. Es heist darin unter Andern:

Die kirchengemeintlichen Behörden erkennen es nicht nur als ihre Pflicht an, den bedeutungsmäßigen Bestand der Gemeinde aufrecht zu erhalten und zu schützen, sondern sie gehen auch denselben das Recht zu, in den sie betreffenden kirchlichen Einrichtungen den bestimmten Ausdruck dieses ihres Bewusstseins in Anspruch zu nehmen, sofern dies nur da, wo es sich um eine Veränderung bestehender Einrichtungen handelt, als das einstimmige Verlangen der Gemeinde sich thun giebt. Dagegen können die kirchengemeintlichen Behörden sich nicht dazu verstehen, die bestehenden Einrichtungen in einer Gemeinde unter Widerstreben eines größeren oder geringeren Theils derselben auf Änderungen eines andern Theils zwangsweise umzugestalten, selbst wenn die Antragsteller in dieser Veränderung nur eine notwendige Konsequenz des ursprünglichen Bewusstseinsstandes zu erkennen glauben. Vielmehr wird, wenn die Einführung allgemeiner, organischer Veränderungen in den Gemeinden unmittelbar betreffenden Einrichtungen gründlich erwogen werden soll, hierzu je nach dem Zeitpunkt zu erwarten sein, wo die Kirche durch eine geordnete Gliederung in größeren oder kleineren Kreisen in den Stand gesetzt sein wird, hierüber in eine umfassendere Erörterung einzugehen.

Wenn daher das Domkapitel es beflagt, daß in Beziehung auf die Ausstellung der Votationen und Konfirmationen der Geistlichen in den lutherisch gegründeten Gemeinden der Provinz, so wie in Beziehung auf das Ordinationsverfahren eine gleichmäßige, unzweifelhafte Hineinwirkung auf die lutherischen Bekenntnisschriften vermißt werde, so kann die Stellung der kirchenregimentlichen Behörden und ihrer einzelnen Glieder, ohne Unterschied ihres persönlichen Bekenntnisses, nach den bestehenden Vorschriften hierin nur diese sein, daß sie denjenigen Gemeinden, welche auf eine solche bestimmte Hineinwirkung und Verpflichtung einen Werth legen, desfalls ein Genüge verschaffen; sie vermögen aber nicht in die Forderung einzugehen, daß die jeweilige Verpflichtung auf die lutherischen Bekenntnisschriften auch bei denjenigen lutherisch gegründeten Gemeinden von Kirchenregiments wegen eingeführt werden müsse, bei denen dies bisher nicht üblich gewesen, und bei denen ein einmüthiges Verlangen nach einer Abänderung des bestehenden Verfahrens nicht fund geworden ist. Vielmehr werden dieselben in solchen Gemeinden das bestehende Verkommen in diesen Stücken so lange zur Wahrung ihres amtlichen Ehrens nehmen müssen, bis entweder durch ein berechtigtes Verlangen der Gemeinde selbst, oder durch einen allgemeinen Akt der kirchlichen Gesetzgebung ein Anderes befohlen sein wird, unbedacht des sittingsmäßigen Bekenntnisses der Gemeinde. In gleicher Weise haben die bestehenden Kirchenbehörden sich bei der Prüfung der Kandidaten an das bestehende Prüfungsreglement vom 12. Februar 1799, welches von dem

vormaligen lutherischen Ober-Konfistorium entworfen und von Sr. Majestät dem Könige genehmigt worden ist, zu halten, und dürfen dieselben nicht nach einseitiger Machtvollkommenheit den Grundcharakter desselben verändern.

Im weiteren Verlaufe des Bescheides wird dann die Organisation der Central- und der Provinzialkirchenbehörden, wonach „die einzelnen Mitglieder derselben nicht in jedes nur für einen einzelnen Theil der evangelischen Gesamtkirche zur Fürsorge berufen sind, sondern jedes derselben für die verschiedenen in ihr berechtigten Bekenntnisse und Gliederungen mit gleicher Gerechtigkeit zu sorgen verbunden ist, „als eine historisch-begründete und lange benährte dargestellt. Es könne demnach nicht darauf eingegangen werden, auf die vor dem Jahre 1808 bestehende Einrichtung zurückzugehen. Vielmehr,“ heist es zum Schluß, „werden wir auf der von uns betretenen Bahn fortfahren, die organische Gliederung der Kirche mit den zur Zeit bestehenden oberen kirchlichen Organen zunächst auf der Stufe der Gemeindebildung, und von da aufsteigend zu umfassenderen Einrichtungen, wogu namentlich auch die Gründung synodaler Verbände gehören wird, aufzubauen, ehe die in der Grundverfassung der oberen kirchlichen Behörden selbst etwa wünschenswerthen Veränderungen zum Austrage gebracht werden können.“

Raumburg, 26. Oktober. [Truppenbewegungen.] Gestern Abend kam auf seinem Wege nach Eisenach der größte Theil des bisher in Schlesien gestandenen 7. Linieninfanterieregiments hier durch und Fourirschützen sagen eben auf morgen die Ankunft des früher in Brandenburg stationirt gewesenen 6. Küassierregiments an. Außerdem werden hier noch zwei Batterien Fußartillerie erwarten, welche gestern bereits von Wittgenberg und Torgau aufgedrachen sein sollte. (D. A. Z.)

Koblenz, 25. Okt. [Truppenbewegungen.] Nach dem Abmarsch des bei Wehlart zusammengezogenen Truppen-Corps aus dieser Stadt rückte das seither in Braunsfels stationirte Bataillon des Garde-Reserve-Regiments als einstweilige Besatzung nach Wehlart. Hier dauern die Truppen-Durchmärsche ununterbrochen fort. Nachdem vorgestern die in Trier eingerichteten Ersatzmannschaften des Füsilier-Bataillons des 29. Regiments auf dem Marsche zu ihrem Truppentheile hier durchgegangen, gingen heute die Rekruten des 28. Regiments, welche theilweise schon eingeraziert sind, in Folge schnellig erhaltenen Befehles zum Regimente nach Rastatt ab. Eben so trafen auf Dampfbooten zahlreiche Ersatzmannschaften für das 13. Infanterie-Regiment hier ein, die gleichfalls dem Wehlarter Observations-Korps folgen.

Deutschland.

Frankfurt, 26. Oktober. Zu den bereits früher mitgetheilten, zwischen dem österreichischen und preussischen Kabinet gewechselten Noten gehört noch die folgende Weisung des Fürsten v. Schwarzenberg an Freiherrn v. Prokesch in Berlin d. d. Wien, 24. Septbr. 1850:

Der Graf v. Bernstorff hat mit eine vom 15. d. M. datirte Depesche des königl. preussischen Minister-Präsidenten vorgelegt, in welcher die Ansicht des Berliner Cabinets über die jüngsten Ereignisse im Kurfürstenthum Hessen dargelegt und der Wunsch der Herbeiführung einer übereinstimmenden Ausrufung der Regierungen von Oesterreich und Preussen ausgesprochen wird. Dieser Mitteilung zufolge sind es drei Grundsätze der Autokratie, der gleichmäßigen Obrigkeit und der nicht davon zu trennenden Heiligkeit des Rechts, von welcher die königl. Regierung ausgeht. Sie betrachtet die in Kurhessen eingetretene Verwundung der Dinge als höchst ungünstig, weil die dortige Regierung durch ihr Verbalten dem Reichsgefühl selbst treuer und gewissenhafter Unterthanen des Kurfürsten zu nahe getreten sei, und anstatt alle bessern Elemente, wie dieses der Augenblick gebiete, um sich zu versammeln, diese auf den Boden eines gemeinsamen Widerstands mit den revolutionären und anarchischen Parteien gedrängt habe. Eine Verweigerung der zum Fortbestand des Staats erforderlichen Mittel durch die Stände oder ein der Steuerverweigerung gleichkommender Akt sei zwar niemals zu billigen; aber die Stände seien in der Lage gewesen, in diesem Fall ihre Weigerung an den Mangel einer verfassungsmässigen Vorlage knüpfen zu können. Gesetzliche Wege zum Austragen der hierüber entstandenen Zerung hätten noch offen gestanden, die Regierung habe aber dieselben nicht eingeschlagen, sondern unerworbene Ausnahmemaassregeln, ohne durch offene Widersetzlichkeit dazu gezwungen zu sein, ergriffen, die Behörden des Staats dadurch in den bedenklichsten Konflikt gebracht und eine in ihren möglichen Folgen äusserst gefährliche Rechtsunsicherheit im ganzen Lande erzeugt. Die preussische Regierung habe eine beobachtende Stellung eingenommen und denke dieselbe nicht ohne Noth zu verlassen, wünsche sich aber offen darüber auszusprechen, das sie je unter Umständen sich nicht der Pflicht werde entziehen können, auf die

[illegible]

Schutz des deutschen Bundes ausrufen werde, und so schwierig sich auch die Verhältnisse gestaltet haben mögen, dürfen wir gleichwohl darauf vertrauen, daß die Bundesversammlung in Ausübung des ihr allein zustehenden Berufs, Recht und Ordnung durch einen wohlwollenden Anspruch zu wahren, und ihrer Entscheidung auch den erforderlichen Nachdruck zu verleihen, im Stande sein werde. Sie wird dabei nicht auf die Theilnahme Preussens rechnen, diesem aber durch ihre Beschlüsse und deren Ausführung umsoweniger auch nur den entferntesten Vorwand, Bedenken dagegen zu erheben, gewähren können, da es hier nicht auf die Erklärung der königl. Regierung ankommt, den Beschlüssen der Bundesversammlung keine Wirksamkeit außerhalb des Bereichs der in ihr vertretenen Bundesstaaten zuzuteilen zu wollen. Es folgt zugleich aus diesen Bemerkungen, daß wir in den Gesetzen der Kurfürsten nur eine Aufforderung zu erkennen vermögen, dem bestehenden Bundesrecht sich anzuschließen, während wir am wenigsten zugeben können, daß Preußen auf jene Gesetze, wie auf eine Verpflichtung seiner in der deutschen Verfassungsfrage eingenommenen Stellung mit Recht sich berufen dürfe. Kann das Ansehen der Regierung und der Gesetze nicht innerhalb des Kurfürstentums geschmälert werden, so muß man den Zusammenhang der dortigen Verordnungen mit der allgemeinen Lage Deutschlands ins Auge fassen, so findet man sofort man den augenblicklichen Stand der Dinge betrachtet — die bedauerlichste Erschlitterung der Autorität, die vollständige Unsicherheit des Rechts gerade im Gebiet der gemeinsamen deutschen Angelegenheiten; man sieht jene konföderativen Elemente, deren Zusammenwirken für das Wohl des Ganzen nicht weniger wichtig sein dürfte, wie für das der einzelnen Glieder, des festen Haltes entbehrend und nach entgegen gesetzten Richtungen hingezogen, so oft es sich um die Frage handelt, wo in Deutschland die obersten Bürgschaften des Rechtes zu suchen seien; man vernimmt, wie Preußen selbst, unter Verhältnissen, die ihm die Dringlichkeit der bundesmäßigen Fürsorge der Gesamtheit aufs lebhaftigst fühlbar machen, in Folge seiner Nichtanerkennung der für diese Fürsorge bestehenden gesetzlichen Normen, eine bloß beobachtende Rolle sich zuschreibt, zugleich aber sein Eingreifen nicht nach Vertrag und Gesetz, sondern allein nach Maßgabe seiner Eigenschaft und seiner Interessen, und ohne Rücksicht auf die doch nach seiner eigenen Anschauung im Umfang der betheiligten Staaten anzuerkennenden Beschlüsse der Bundesversammlung sich vorbehält. Und wenn Preußen, aus der Nothwendigkeit machend, endlich eine wirksame Centralgewalt zu begründen und dadurch der gegenwärtigen Verwirrung ein Ende zu machen, den auf dieses Ziel gerichteten Bestrebungen der bundesstreuen Regierungen im voraus die Befähigung der Wiederbelebung erprobener Formen, der Herstellung bloßer Scheingewalten entgegenfällt, so dürfte sich uns, wäre Nüchternheit damit zu erreichen, hinreichender Stoff darbieten, um vor ansehnlichen Entwicklungen, denen es an innerer und äußerer Begründung gebricht, vor politischen Formen, die nicht ins Leben treten können, weil die Wirklichkeit ihnen widerspricht, unterseits zu warnen. Unser Ziel ist eine zeitgemäße und ausführbare Entwicklung der deutschen Bundesverfassung auf wiedergewonnener gleichlicher Grundlage. So wünschenswerth uns in den Angelegenheiten des Kurfürsten Preußen

Uebereinstimmung mit Preußen erscheinen muß, so können wir doch aus den angeführten Gründen nur auf die in der Bundesversammlung bevorstehenden oder bereits eingeleiteten Verhandlungen hinweisen. Ich erlaube E. G. sich in diesem Sinne gegen die königl. Regierung auszusprechen, und es steht nichts entgegen, daß Hochdieselben dem Herrn Ministerpräsidenten die gegenwärtige Depesche vorlesen. Empfangen u. m.

Krankfurt, 25. Oktober. Großdeutsche Wünsche.)
Trotz den Streitigkeiten zwischen Preußen und Bayern
an die Grenze Kurhessens, glaubt man doch nicht an einen Kon-
flikt zwischen den Großmächten Deutschlands, am wenigsten an
einen Krieg. Im Gegentheil will man aus zuverlässiger Quelle
als ganz bestimmt wissen, daß Preußen und Oesterreich voll-
kommen einig seien in Betreff Kurhessens, so zwar, daß der
Kurfürst nach einem neuen Wahlgesetz zwei Kammern
berufen und durch diese eine neue Verfassung schaffen
lassen werde. (Hanauer Stg.)

Der bekannte französische General Cavaignac weilt seit gestern in unserer Stadt. — Der officiöse Gefandte Rußlands hat eine größere Gartenwohnung für längere Zeit in Miete genommen. — Die Officiere des gestern hier eingerückten baier. 1. Jägerbataillons sind bei den Bürgern auf 14 Tage equinartirt worden, jedoch ohne Verpflegung, um sich so gemächlich nach Privatwohnungen umsehen zu können. (M. S.)

Sarau, 25. Okt. Wie man vernimmt, haben die Offiziere des Garde-Infanterie-Regiments vorläufig die Zusageung erhalten, daß die von ihnen erbetenen Aufschiedsgeldsch in diesen Tagen höchsten Orts gewährt werden sollten; doch, heißt es, würde vorher noch eine bedeutende theilweise Reducirung der kuckessischen Armee eintreten. — Der Kurfürst kommt sifers zur Stadt, Hoffensflug dagegen hat sich noch nicht hier bilden lassen.

Zulda, 25. Oktober. [Tagesbegebenheiten.] Gestern war der Termin abgelaufen, innerhalb dessen die Entscheidung des Kurfürsten auf die Entlassungsgesuche der Offiziere erfolgen sollte; es waren denn auch die Offiziere unserer Garnison noch spät Abends zu einer Berathung in der hiesigen Kafene versammelt, der Gegenstand und das Resultat der Berathung sind noch nicht bekannt. — Gestern sind der Staatsrath Scheffer, der Advokat Schimmelpfeng und ein Herr v. Buttlar, mit dem Privatombibus von Wilhelmsbad kommend, hier durch nach Dersfeld geritt; die Herren sollen sehr gut gelaunt gewesen sein und interessante Gespräche geführt haben; der Advokat Schimmelpfeng wurde von ihnen nur procureur de roi genannt. — Gestern kam ein Offizier von den in den weimarischen Niertern Geis und Dersbad an unserer Grenze liegenden Preußen bis nach Zulda, um über den Zustand der Straße und andern Dettlichkeiten auf dem Wege Erkundigungen einzuwichen.

Nachschrift. Ich kann Ihnen heute noch die Mittheilung machen, daß der Gegenstand der gefrigen Berathung des hiesigen Offizierkörps ein Beschluß des Kriegsministeriums war, wonach die Offiziere aufgefordert werden, ihre Entlassungsgesuche, ohne die von ihnen, nach Abgabe des Staatsdienstzeugnisses, gemachten Vorbehalte von Rechten, also pure, einzureichen, worauf das Weitere erfolgen soll. Man sieht, Haftenspfug will Zeit gewinnen oder den Offizieren Zeit lassen. Die Offiziere haben beschloßen, den Vorbehalt ihrer Rechte und Ansprüche nicht aufzugeben. — Das Hauptquartier des preussischen Generals v. d. Großen befindet sich in dem der turkeifischen Grenze zunächst gelegenen, vormals sudaischen, jetzt weimathischen Städtchen Geisa; die da angehäufte preussischen Truppen belaufen sich dem Vernehmen nach auf 4000 Mann.

Alsfeld in Oberhessen, 24. Okt. [Militärisches.] Bei uns sieht es seit heute Morgen sehr kriegerisch aus. Ein Armeekorps von 10,000 Mann, aus Infanterie, Artillerie und Kavallerie bestehend, ist von Wehlar aus hierher beordert wor-

